



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat für eine Änderung des EU-Rechts einzusetzen, um in den Mitgliedsstaaten und Bundesländern rechtswirksam und eigenständig den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verbieten zu können.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat dafür einzusetzen, dass

- es keine Aufweichung der Kriterien bezüglich gentechnisch veränderter Organismen (GVO) auf EU-Ebene geben wird, weder für die Zulassung zum Anbau noch für den Import von Lebens- und Futtermitteln,
- im Zulassungsverfahren herstellerunabhängige Tests sowie gesundheitliche und ökologischen Untersuchungen auf breiter Basis vorzusehen sind, auch unter Berücksichtigung sozialökonomischer Parameter,
- die Erhaltung der Null-Toleranz für in der EU nicht zugelassene gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel gewährleistet wird,
- die Erhaltung des Reinheitsgebots für Saatgut -frei von GVO-Verunreinigung- abgesichert wird.

Der Schleswig- Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- auf den Flächen, die im Herbst 2007 mit Winterraps aus verunreinigten Chargen bestellt wurden, ein Monitoring zum Durchwuchs von GVO-Raps durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen, desgleichen auch gegebenenfalls alle diesbezüglich bereits vorliegenden Ergebnisse
- den Senat der Stadt Hamburg zu unterstützen bei der Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Hamburger Bürgerschaft „Gentechnikfreies Hamburg“ (Drucksache 19/5091 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg), insbesondere bezüglich der Unterstützung einer „gentechnikfreien Metropolregion Hamburg“ und der Vermarktung regionaler gentechnikfreier Produkte.

Bernd Voß und Fraktion